

rung beteiligt sein und gleichzeitig der staatlichen Versicherung Konkurrenz machen.

SPIEGEL: Es wäre ja auch ein kleinerer Kreis denkbar oder eine Aufgliederung nach Regionen.

HAASEN: Würde man einen kleineren Kreis bilden, würden alle übrigen deutschen Versicherer, die nicht berücksichtigt wurden, dagegen Sturm laufen. Das ist auch keine Lösung. Außerdem bitte ich zu bedenken: Die DDR hat etwa die Wirtschaftskraft von Hessen. Es kann nicht sinnvoll sein, in einer solch relativ kleinen Region die jetzige Versicherungsanstalt aufzuteilen und dort x Versicherer zu installieren. Da entstehen Probleme, die möglicherweise überhaupt nicht lösbar sind, denken Sie nur an den Risikoausgleich.

SPIEGEL: Also hat die Allianz kurzerhand allein entschieden, wie die Lösung aussehen soll. Niemand war informiert über Ihre Pläne.

HAASEN: Das ist bei jeder Akquisition so. In diesem Fall lag die Initiative zur Geheimhaltung insbesondere bei der DDR.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, daß die DDR ihre Meinung ändert und den Vertrag doch nicht genehmigt?

HAASEN: Ich gehe davon aus, daß wir von den Vertragspartnern informiert würden, wenn sie Bedenken haben, aus dem Vorvertrag einen endgültigen Vertrag werden zu lassen. Bisher sind uns solche Bedenken nicht bekannt.

SPIEGEL: Wie bindend ist denn der Vorvertrag?

HAASEN: Das ist ein Vertrag, bei dem sich die Partner verpflichten, eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen. Beide Parteien sind vorher eingehend mit sich zu Rate gegangen, ob sie dieses tun wollen. Insofern sehe ich den Vorvertrag nicht als ein Nullum an. Wenn man hier von abrücken will, kann das meines Erachtens nur im gegenseitigen Einvernehmen geschehen.

— Gewerkschaften —

Alte Fehde

Bei Betriebsratswahlen machen oppositionelle Gruppen der IG Chemie schwer zu schaffen.

Die Wahlparty der Gewerkschafter war unüberhörbar. In ihrer Stammkneipe vor den Toren der Hoechst AG floß spanischer Sekt und deutsches Bier bis vier Uhr nachts.

Die „Durchschaubaren“ oder auch „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“, wie sie sich offiziell nennen, hatten reichlich Anlaß zum Feiern. Bei den Wahlen zum Betriebsrat des Chemiekonzerns Hoechst hatten sie 12

von 43 Sitzen gewonnen. Die absolute Mehrheit der IG Chemie war damit erstmals gebrochen.

Für die sieggewohnten Vertreter der IG Chemie, die diesmal nur 18 Sitze gewannen, war die Wahlschlappe von Anfang März in Frankfurt ein Schock. Das Ergebnis, sagt Hermann Rappe, Chef der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, ganz vorsichtig, habe ihn „sehr berührt“.

Es kommt wohl noch schlimmer für den Vorsitzenden der IG Chemie. Oppositionelle Gruppen bringen den Gewerkschafter inzwischen auch anderswo in arge Bedrängnis. Rappe muß befürchten, daß die Basis zersplittert.

Am Donnerstag vergangener Woche errangen auch beim Chemiemulti Bayer die Durchschaubaren einen beachtlichen Erfolg: Sie eroberten acht Sitze im

gruppen „Themen aufgreifen, die unsere Kollegen nicht besetzen“ (Rappe).

Daß seine Kollegen zu diesen Themen wenig zu sagen wußten und oftmals gar nichts sagen durften, hat der Vorsitzende offensichtlich verdrängt. Die Sorgen der Schichtarbeiter haben die Gewerkschafter ebenso gründlich ignoriert wie die Nöte der Akkordarbeiterinnen.

So manche Themen sind bei der IG Chemie tabuisiert. Über Sicherheitsmängel in den hochexplosiven Fabriken spricht ein ordentlicher Gewerkschafter nicht, auch nicht über Mißstände beim Umweltschutz. Die Arbeitsplätze könnten dann ja in Gefahr geraten.

Der Gewerkschaftsboß selber sät Zwietracht unter seinen Gefolgsleuten. In der Bonner SPD-Fraktion wie beim Deutschen Gewerkschaftsbund hat sich Rappe auf dem rechten Flügel festgebis-



Betriebsrat Krauss, IG-Chemie-Chef Rappe: Die Schuldigen erkennt

neuen Betriebsrat, vier mehr als bisher. Beim Bayer-Werk in Wuppertal entschied sich ein Drittel der Wähler für die oppositionelle Belegschaftsliste. Bei Boehringer in Mannheim sind die Kandidaten der IG Chemie beinahe chancenlos.

Die Wahlerfolge der oppositionellen Gruppen zeigen, welch tiefer Riß die IG Chemie längst durchzieht. „Das kann uns natürlich nicht gefallen“, sagt Rappe. Die Schuldigen hat der Chef schon ausgemacht. „Radikale Minderheiten“ würden die Betriebsräte zersetzen, Linke und Grüne, sogar Kommunisten seien dabei.

Aber auch seine Gewerkschafter in den Betrieben vor Ort hätten einen Teil der Schuld für die ärgerliche Entwicklung zu tragen. Sie hätten, glaubt der IG-Chemie-Vorsitzende, gesellschaftliche Strömungen schlichtweg verschlafen. Nur deshalb konnten die Oppositions-

sen. Der Abgeordnete Rappe träumt noch immer von einer großen Koalition mit der Union, um die Grünen auszugrenzen. Der Gewerkschafter Rappe pflegt die Harmonie zu den Mächtigen der Chemie.

Die Fehde zwischen den zerstrittenen Fraktionen ist so alt wie die Macht des Multifunktionsrappe. Geradezu beispielhaft ist der Krach mit dem Ex-Gewerkschafter Hans-Werner Krauss, einem der Durchschaubaren bei Hoechst.

Bereits zu Beginn der siebziger Jahre bemängelte der Biologielaborant bei Hoechst, der Betriebsratsvorsitzende Rolf Brand würde allzu innig mit dem Vorstand kungeln und dabei die Arbeit an der Basis glattweg vergessen. Krauss und Kollegen wurden wegen „unzulässiger Fraktionsbildung“ aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Der Geschaßte trat 1981 mit den Durchschaubaren gegen die Gewerk-

schaft an. Die Liste gewann sofort sieben Sitze, Krauss verlor seinen Job. Der von Brand beherrschte Betriebsrat stimmte für die vom Vorstand beantragte Entlassung.

Seitdem kämpfen die Durchschaubaren in einem zähen Kleinkrieg gegen den Hoechst-Vorstand und die IG Chemie zugleich – oft genug vor Gericht bis zur letzten Instanz. Ihre Flugblätter wurden vom Werkschutz beschlagnahmt, der Konzern schaltete sogar die Polizei ein. Mit Kündigungen und Lohnabzügen wurde die Gruppe gegängelt.

Der Laborant mußte schließlich wieder eingestellt werden. Der Ausschluß von vier Mitgliedern aus der IG Chemie sei nicht rechtens, befand der Bundesgerichtshof. Die Gewerkschaft muß die Kritiker ertragen.

Das ist altgedienten Gewerkschaftern stets schwergefallen. Vor vier Jahren gab es Krach, weil die Durchschaubaren meinten, daß die Nachteile der Schichtarbeiter ausgeglichen werden müßten. Vor zwei Jahren forderten sie vom Konzern, die Produktion von Frigen sofort zu stoppen; die Fluorchlorkohlenwasserstoffe würden die Ozonschicht zerstören.

„Soll das Geschäft mit dem Tod machen wer will, Hoechst nicht“, schrieben sie in ihre Flugblätter. Wieder gab es Verdruß. Ein Betriebsrat, so meinen die Opponenten, dürfe nicht nur machen, was der Geschäftsleitung gefällt – dann sei er überflüssig. Solche Selbstverständlichkeiten lösten bei der IG Chemie immer wieder heftige Reaktionen aus. Rappe kann sich eine Zusammenarbeit mit den aufbegehrenden Gruppen überhaupt nicht mehr vorstellen: Er rät ihnen, sich aufzulösen.

Da seine Kontrahenten solche Ratschläge jedoch kaum annehmen werden, will der IG-Chemie-Boß sich nun persönlich um die widerborstigen Gewerkschafter kümmern: „Wir werden jetzt ernsthaft Remedur machen.“

Chemie

Bei klarem Verstand

Krach mit den Amerikanern: Die deutsche Chemie will keine Stoffe für die Giftgasproduktion liefern.

Er hat immer großen Bedarf, meist eine passable Reputation und ist stets solvent – ein Kunde nach Wunsch. Dennoch mochte sich der amerikanische Chemiekonzern Mobay Corporation mit ihm nicht auf ein neues Geschäft einlassen. Das wäre, sagt Vorstandschef Nick Prater, „moralisch“ nicht zu verantworten.



Bayer-Chef Strenger: Den Präsidenten in Verlegenheit gebracht

Der Kunde ist das US-Verteidigungsministerium. Mobay weigert sich, das Pentagon mit der Chemikalie Thionylchlorid zu beliefern, aus der das tödliche Nervengas Sarin für eine neue Generation von C-Waffen hergestellt werden soll.

Das gescheiterte Geschäft ist inzwischen zu einem deutsch-amerikanischen Politikum geworden. Mobay gehört zum Chemiekonzern Bayer, und dessen Vorstandschef Hermann Josef Strenger will in dem Konflikt nicht nachgeben. Auch für die amerikanische Regierung, so Strenger, werde keine Ausnahme gemacht.

US-Präsident George Bush und seine Rüstungsstrategen sind in arger Verlegenheit. Neben Mobay produziert in den USA nur noch die Occidental Chemical aus Dallas Thionylchlorid. Aber auch die will nicht liefern.

Thionylchlorid, ein Basisprodukt für die Erzeugung von Pestiziden, ist auch außerhalb der USA nicht ohne weiteres zu bekommen. Es wird nur noch in Japan, der Schweiz, in Indien und bei Bayer hergestellt – jährlich weltweit rund 100 000 Tonnen.

Weil die Produktion der neuen C-Waffen gefährdet ist, will die Bush-Regierung Mobay und Occidental zur Lieferung der benötigten 70 Tonnen zwingen. Nach einem Gesetz von 1950 hat die amerikanische Regierung die Möglichkeit, die Kontrolle über Produktion und Verkauf solcher Stoffe zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit zu übernehmen. Strenger kündigte intern an, sein Unternehmen werde dagegen „alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen“.

Ein solche Rolle haben die Amerikaner den deutschen Chemiemanagern wohl nicht zugetraut. Die galten in Washing-

ton bislang als geldgierige Krämer, denen jedes Geschäft recht ist.

Deutsche Chemiekonzerne waren in den letzten Jahren immer wieder mit Lieferungen von Rohstoffen und Anlagen zur Giftgasherstellung in militante islamische Länder weltweit in Verruf geraten. Vor allem die amerikanische Regierung hatte die schmutzigen Geschäfte, darunter auch die Beteiligung am Bau der Giftfabrik im libyschen Rabta, kritisiert.

Seit dem Rabta-Skandal ist die deutsche Chemieindustrie zusehends bemüht, den Ruf, Händler des Todes zu sein, wieder loszuwerden. Um den Schaden zu begrenzen, hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) nach dem Libyen-Fall schärfere Kontrollmechanismen eingeführt.

Die Warnliste mit gefährlichen Stoffen, bis dahin für die Firmen nur eine Empfehlung ohne Konsequenz, wurde um Chemikalien wie Thionylchlorid erweitert und zur Vorschrift erklärt. „Wer sich nicht daran hält“, sagt VCI-Chef Wolfgang Munde, „hat in unserem Verband nichts mehr zu suchen.“

Chemie-Rohstoffe, die auch zur Herstellung von Giftgasen oder Drogen mißbraucht werden können, dürfen nur an bestimmte Kunden unter strengen Auflagen verkauft werden. Der Abnehmer muß den Verwendungszweck nachweisen, in Zweifelsfällen soll das Bundeskriminalamt eingeschaltet werden.

In der deutschen Chemie jedenfalls werden die Amerikaner keinen freiwilligen Lieferanten von Produkten für die Giftgasherstellung mehr finden. „Niemand, der bei klarem Verstand ist“, sagt Mobay-Sprecher Gerd Wilcke, „verkauft heute noch Stoffe für einen Giftgaskrieg.“